

„Bereit, in den Dialog zu treten“

Der Direktor des Islam-Instituts an der Humboldt-Uni verspricht eine Berliner „Theologie der Vielfalt“

Herr Borgolte, in wenigen Tagen beginnt der Studienbetrieb am neu gegründeten Institut für Islamische Theologie der Humboldt-Universität. Was erwartet die Studierenden dort?

Die Möglichkeit, erstmals in Berlin Islamische Theologie zu studieren – zunächst im Mono- oder Kombinationsbachelor. Der Studiengang ist bundesweit einzigartig, weil man bei uns eine „Theologie der Vielfalt“ studiert. Zum einen werden die sunnitische und die schiitische Strömung vergleichend behandelt, das gibt es bundesweit sonst nirgendwo. Zum anderen ist das Studienprogramm – wie international üblich – historisch ausgerichtet. Aber das soll unsere Studierenden befähigen, sich aufgrund einer soliden Kenntnis der islamischen Geistes- und Kulturgeschichte an aktuellen theologischen und gesellschaftlichen Debatten zu beteiligen.

Der Lehrbetrieb allerdings startet mit Vertretungsprofessuren und Lehrbeauftragten. Warum liegen Sie als Gründungsdirektor beim Zeitplan hinterher?

Das kann man niemandem vorwerfen. Normalerweise dauern Berufungsverfahren, an denen ja verschiedene universitäre Gremien, die Wissenschaftsverwaltung und – in den Theologien – theologische Instanzen beteiligt sind, im Schnitt mindestens zwei Jahre. Wir haben es in einem Jahr und sechs Monaten geschafft. Sowohl der Akademische Senat als auch die Senatskanzlei Wissenschaft haben ungewöhnlich schnell über die Berufslisten entschieden.

Gleichwohl kann der Lehrbetrieb nur mit drei Gastprofessuren und ansonsten mit Lehrbeauftragten starten. Eine abgeschlossene Berufung können Sie nicht vorweisen.

Zu den drei Gastprofessuren gehören zwei, die jeweils auf Platz eins der Listen stehen und ihre Rufe erhalten haben. Sie sind noch in Verhandlungen mit der Universität, treten aber schon an – als Vertreter ihrer künftigen Professur. Das ist international gang und gäbe. Den Studierenden entsteht dadurch kein Nachteil.

Welche Rolle spielt dabei der Beirat? Von der Opposition im Abgeordnetenhauses, aber auch von den Grünen und von Vertreterinnen des progressiven Islam wurde ja immer wieder kritisiert, dass ausschließlich konservativ ausgerichtete Verbände beteiligt sind. Hat er seine Bewährungsprobe bestanden, als es in den vergangenen Wochen um die theologische Zustimmung zu den Professuren ging?

Wenn es Aufgabe des Beirates ist, über die Berufungsvorschläge des Landes zu befinden, hat er seine Aufgabe erfüllt. Von den bisher vorliegenden sechs Vorschlägen hat der Beirat fünf akzeptiert. Auch diesem Gremium ist nicht vorzuerwerfen, dass es diese Vorschläge verschleppt hätte, obwohl die Fristen sehr knapp und insofern diskussionswürdig waren. Dass der sechste Vorschlag noch nicht behandelt worden ist, hat terminliche und keine sachlichen Gründe.

Gab es denn auch sachliche Diskussionen? Ich bin kein Mitglied des Beirats, aber bei den Sitzungen anwesend. Sagen kann ich, dass die Diskussionen konzentriert und konstruktiv waren. Sitzungsgemäß konnte es nur darum gehen, ob gegen Kandidatinnen und Kandidaten religiöse Einwände bestehen. Im Ergebnis hat der Beirat dahingehend allen Vorschlägen zugestimmt. Damit hat sich das Prinzip der Bestenauslese, von dem sich die Berufungskommissionen haben leiten lassen, durchgesetzt. Wenn die Namen aller Berufenen bekannt sind, wird man feststellen, dass ein anders zusammengesetzter Beirat keine bessere Entscheidung hätte treffen können.

Wie erleben Sie die verbandsunabhängigen muslimischen Vertreter im Beirat? Von Jamal Malik, Professor für Islamwissenschaft an der Universität Erfurt, und Schirin Amir-Moazami, Professorin am Institut für Islamwissenschaft an der FU Berlin, wurde erwartet, dass sie als liberales Gegengewicht zu den konservativen Verbänden fungieren könnten.



Neuer Zugang. Das Islam-Institut ist stark historisch ausgerichtet, jedoch mit Bezug auf aktuelle theologische und gesellschaftliche Debatten über den Islam, sagt der Gründungsdirektor. Im Bild der Tag der offenen Moscheen 2015 in der Berliner Sehittik-Moschee. Foto: Thilo Rückes

Exzellenz. Hinzu kam, dass sie an ihrer Bereitschaft zur vergleichenden Theologie zwischen den Glaubensrichtungen und zur starken historischen Dimension mit dem Fokus auf gegenwärtige gesellschaftliche Probleme gemessen wurden. Wichtig war uns auch, dass die Kandidaten bereit und in der Lage sind, mit der interessierten und kritischen Öffentlichkeit – der muslimischen ebenso wie der nichtmuslimischen – in den Dialog zu treten. Und dass sie mit den anderen Theologien kooperieren wollen.

Die Erwartung, dass die unabhängigen Vertreter ihre wissenschaftliche und religiöse Kompetenz einbringen können, ist voll erfüllt worden. Man kann aber nicht von Parteibildungen im Beirat sprechen. Es geht sichtbar allen Mitgliedern darum,



Michael Borgolte ist Mittelalterhistoriker und Gründungsdirektor des neuen Instituts für Islamische Theologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, das Anfang Oktober eröffnet wird.

das Institut aus der Taufe zu heben und alle Fragen möglichst sachlich zu regeln. Zur konstruktiven Atmosphäre haben auch die Vertreter der Humboldt-Uni, Altbischof Wolfgang Huber und Vizepräsidentin Eva Inés Oberglück, erheblich beigetragen.

Was bedeuten die bisher diskutierten und abgesegneten Berufungen für die Zukunft des Instituts – wie wird es auf Professorenseite ausgerichtet sein?

Wenn die sechs Personen, die jeweils auf Platz eins stehen, ihre Rufe annehmen, haben wir eine optimale Zusammensetzung von drei erfahrenen Professorinnen und Professoren und drei jüngeren. Nach dem jetzigen Stand sind es zwei Frauen und vier Männer. Das oberste Kriterium bei der Auswahl war wissenschaftliche

Exzellenz. Hinzu kam, dass sie an ihrer Bereitschaft zur vergleichenden Theologie zwischen den Glaubensrichtungen und zur starken historischen Dimension mit dem Fokus auf gegenwärtige gesellschaftliche Probleme gemessen wurden. Wichtig war uns auch, dass die Kandidaten bereit und in der Lage sind, mit der interessierten und kritischen Öffentlichkeit – der muslimischen ebenso wie der nichtmuslimischen – in den Dialog zu treten. Und dass sie mit den anderen Theologien kooperieren wollen.

Was können Sie über die beiden Gastprofessoren sagen, die sich ab Oktober selbst vertreten?

Serdar Kurnaz, der islamisches Recht lehrt, ist Juniorprofessor an der Akademie der Weltreligionen in Hamburg. Er kommt von der Universität Frankfurt und war nach der Promotion zunächst Leiter eines islamtheologischen Instituts in Fribourg in der Schweiz. Zwischenzeitlich war Kurnaz als Einziger unserer Lehrenden auch als Imam tätig. Mohammad Gharibeh, der Islamische Ideengeschichte unterrichtet wird, kommt aus Bonn, wobei er zuletzt eine Professur in Hamburg vertreten hat. Er ist geisteswissenschaftlich ausgerichtet. Sein Schwerpunkt ist die wenig erforschte postklassische Periode ab dem 12. Jahrhundert.

Wie wird die Studierendenschaft aussehen?

Die Studierenden werden wir erst zu Beginn des Semesters kennenlernen. Beworben hatten sich 350, 250 sind zugelassen worden. Von ihnen haben sich aber wie in allen Fächern üblich viele für verschiedene Fachrichtungen beworben. Bis Mitte September hatten sich 40 bei uns immatrikuliert und wir rechnen damit, dass sich diese Zahl mindestens noch verdoppelt.

Wie viele von ihnen wollen ins Lehramt?

Der geplante Studiengang für spätere Sekundar- und Gymnasiallehrkräfte musste ja vorläufig abgesagt werden, weil die Praxisplätze an den Schulen noch fehlen. Im kommenden Jahr soll dafür das Lehramtsstudium für die Grundschulen starten.

Wer von den Studierenden erst einmal mit dem Bachelor in Islamischer Theologie beginnt und dann die Lehramtsoption hinzuwählen will, muss sich noch zeigen. Es gibt am Institut einen Referenten, der die Studienberatung zu dieser Frage übernimmt und auch die weiteren Studiengänge mitentwickelt. Jedenfalls wollen wir von Institutsseite das Versprechen halten, dass das Grundschullehramt Herbst 2020 starten kann.

An der Humboldt-Universität werden keine Imame ausgebildet. Dass dies an den seit 2011 in Deutschland begründeten Islam-Theologien geschehen soll, ist ein populäres Missverständnis. Imame brauchen zwar eine theologische Ausbildung, müssen aber gleichzeitig von ihren Glaubensgemeinschaften und Moscheegemeinden auf das Amt vorbereitet werden. Gibt es Zeichen aus den Berliner Moscheegemeinden, dass sie potenzielle Imame an die HU entsenden wollen?

Dafür ist es noch zu früh. Das Institut muss erst einmal nachweisen, dass es gut arbeitet. Die Frage nach einer Imamausbildung mit Beteiligung staatlicher Universitäten drängt sich zwar auf, sie ist aber international nicht geklärt. In Analogie etwa zu den Priesterseminaren der katholischen Kirche müsste es auch in Deutschland islamisch-theologische Ausbildungsinstitute geben, mit denen wir dann eng kooperieren könnten. Anfang Oktober findet dazu eine internationale Tagung in Berlin statt, ausgerichtet von der Akademie für Islam in Wissenschaft und Gesellschaft in Frankfurt am Main.

— Das Gespräch führte Amory Burchard.

Mehr (fürs) Klima wagen

Klimawandel macht krank. Das wollen Ärzte jetzt deutlicher in Öffentlichkeit und Politik vertreten

Die Vorsitzenden der Bundesärztekammer, des Berlin/Brandenburger Marburger Bundes, des Weltärztebundes und des World Health Summit wollen die gesundheitlichen Folgen des Klimawandels künftig deutlicher kommunizieren. Die Einflussnahme der Ärzteschaft auf eine gesundheitsförderliche Klimapolitik soll verstärkt und die Ausbildung von Ärzten in Klima- und Umweltfragen verbessert werden. „Gesundheit ist ein so wichtiges Gut und der Klimawandel ein so wichtiger Risikofaktor, dass wir eine Vorreiterrolle übernehmen müssen“, sagte Detlev Ganten, Präsident des World Health Summit, bei einem Treffen in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften am Montagabend. „Wir haben das Thema Klimawandel als Ärzteschaft bisher nicht so besetzt, wie wir es hätten besetzen müssen“, sagte Peter Bobbert, Landesvorsitzende des Marburger Bundes in Berlin/Brandenburg. „Würde es in Deutschland in einem Jahr 2000 Mardernote geben, würde die Ärzteschaft sich laut äußern, dass das nicht sein darf. Aber wenn es eine Hitzeperiode mit 2000 Toten gibt, und die hatten wir, dann ist die Resonanz dazu bislang relativ gering.“

Im Sinne einer globalen Gesundheit, „Planetary Health“, sei die Ärzteschaft der gesundheitlichen Prävention sowie der Schaffung und dem Erhalt aller gesundheitsfördernden und gesundheitserschwerenden Umweltbedingungen verpflichtet, heißt es in einem Papier des Marburger Bundes „Klimaschutz ist Gesundheitschutz – die besondere Verantwortung der Ärzteschaft“. Der globale Temperaturanstieg, Hitzewellen, Dürren und Überflutungen zeigten schon jetzt weitreichende und zum Teil verheerende gesundheitliche Auswirkungen. Besonders in Ländern des globalen Südens komme es zu einer noch stärkeren Zunahme von Infektionserkrankungen wie Malaria oder Dengue-Fieber, aber auch nichtübertragbaren Krankheiten wie Krebs, Diabetes oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen. In Deutschland sei mit mehr hitzebedingten Erkrankungen zu rechnen, aber auch mit mehr Allergien, Atemwegs- oder Krebserkrankungen sowie bislang in nördlichen Breiten unbekanntem Infektionserkrankungen wie Malaria. Doch bislang sei das Thema „Klima und Gesundheit“ in der Ärzteschaft weder explizites Thema in der Ausbildung oder in der Praxis noch wurde es politisch ausreichend vorangetrieben.

„Das liegt auch an uns, dass das aktuell noch nicht so im Fokus ist“, sagte Klaus Reinhardt, Präsident der Bundesärztekammer. „Dabei wäre die Akzeptanz in der Bevölkerung, sich mit dem Klimawandel zu beschäftigen und das Verhalten entsprechend zu ändern, vor dem Hintergrund der Gefahr für die eigene Gesundheit oder die seiner Kinder sicher größer.“

„Die Ausbildung von Medizinern ist

weitgehend bestimmt von der Biologie des Menschen“, sagte Ganten, der an der BBAW die Interdisziplinäre Arbeitsgruppe „Zukunft der Medizin – Gesundheit für alle“ ins Leben gerufen hat. In Bezug auf eine bessere, personalisierte Medizin sei das auch richtig. „Was aber zu sehr vernachlässigt wird, ist eine holistische Berücksichtigung der Umwelt und ihres Einflusses auf die Gesundheit, und zwar sowohl die sozioökonomische Umwelt der Menschen als auch die Ernährung und das Klima.“ Auch das Verhalten der Menschen, etwa die Wahl der Nahrungsmittel oder Fortbewegungsmittel, werde nicht als essenzieller Teil der ärztlichen Ausbildung begriffen oder als Aufgabe für den Arzt, darauf Einfluss zu nehmen. „Bislang überlassen wir die Sorge um unsere Umwelt zu oft den Politikern, weil wir als Mediziner meinen, das wenig beeinflussen zu können“, sagte Ganten.

Dass medizinisch sinnvolles Handeln nicht nur Verschreiben von Medikamenten bedeutet, machte der Vorsitzende des Weltärztebundes mit einem Beispiel deutlich: „Mediziner haben in Frankfurt verhindert, dass in einem Vorort ein riesiger Hochhausblock gebaut wird, weil sie nachweisen konnten, dass der vom Taunus herunterziehende Luftstrom, der die Stadt

durchlüftet, blockiert würde und Lungen- und Hitzestau zu erwarten wären“, sagte Frank Ulrich Montgomery. Im sozialen Kontext dürften Ärzte nicht nur die Menschen behandeln, sondern müssten sich auch einmischen, um die gesundheitlichen Folgen etwa von Flugverkehr zu mindern – oder auch die Klimapakete der Bundesregierung kritisieren, wenn mit gesundheitlichen Konsequenzen zu rechnen ist. „Klar ist: Das Krankheitspektrum wird sich in Deutschland durch den Klimawandel ändern“, sagte Montgomery. „Wir werden etwa australische Dimensionen von Hautkrebsfällen bekommen.“

Auch die Befürchtungen, dass sich Malaria in einem klimaveränderten heißeren Deutschland etablieren könnte, hält er nicht für unbegründet. „In Hamburg gab es vor 20 Jahren einen kleinen Malaria-Ausbruch“, erzählte der Arzt. „Eine Shell-Raffinerie hatte in einem heißen Sommer Arbeiter aus Nigeria eingeladen und ausgebildet, die mit Malaria infiziert waren. Sie sind von den Mücken der Hamburger Region gestochen worden und plötzlich hatten wir bei drei, vier Deutschen, die noch nie außerhalb von Deutschland waren, Malaria-Erkrankungen.“ Das Potenzial für solche Szenarien bestehe bei einer klimawandelbedingten Erwärmung durchaus. SASCHA KARBERG



Klimawandel. Wollen die gesundheitlichen Folgen der Klimaerwärmung in den Fokus rücken (v. l. n. r.): Peter Bobbert (Marburger Bund Berlin/Brandenburg), Frank-Ulrich Montgomery (Weltärzteverband), Klaus Reinhardt (Bundesärztekammer), Detlev Ganten (World Health Summit). Foto: Dominik Butzmann

CAMPUS

FU BERLIN
An die Uni mit der Gasthörercard
Zum 20. Jubiläum der Gasthörercard der Freien Universität gibt es eine Neuerung beim Art-Modell mit einem kunstgeschichtlichen Schwerpunkt. Erstmals wird neben den rund 125 Kursen die Rubrik „Vortragswelten“ mit „vertiefenden Einblicken in ausgewählte Themen der Kunstgeschichte“ angeboten. Darunter ist etwa eine 13-teilige Ringvorlesung zur „Kunst zwischen den Weltkriegen“ und eine weitere Vorlesungsreihe zum Thema „Geschichte als Waffe“. Die Teilnahme am Art-Programm kostet 280 Euro pro Semester. Die Gasthörercard Classic gibt es für 160 Euro. Mit ihr können ausgesuchte reguläre Vorlesungen besucht werden, an denen auch Studierende teilnehmen. Kostenlos ist die Schüler-Gasthörercard für Jugendliche in den Klassenstufen 10 bis 13, die sich insbesondere für Mathematik und Naturwissenschaften interessieren. Gasthörer mit Karte zahlen etwa in Mensen und bei Fremdsprachenangeboten der Uni ermäßigte Preise (Informationen auch über weitere Vergünstigungen unter www.fu-berlin.de/gasthoerercard). Tsp

NACHRICHTEN

Höheres Risiko bei vaginaler Geburt nach vorherigem Kaiserschnitt
Wenn Frauen, die bereits ein oder mehrere Kinder per Kaiserschnitt zur Welt gebracht haben, sich beim nächsten Kind für eine vaginale Geburt entscheiden, besteht ein erhöhtes Gesundheitsrisiko für Mutter und Kind. Das berichten Forscherinnen um Kathryn Fitzpatrick von der Universität Oxford im Fachmagazin „PLOS Medicine“. Dafür analysierten sie mehr als 74 000 Geburten, die zwischen 2002 und 2015 in Schottland stattgefunden hatten. Frauen, die sich nach einem vorangegangenen Kaiserschnitt für eine vaginale Geburt entschieden, hatten ein erhöhtes Risiko für einen Gebärmutterriss, eine Bluttransfusion sowie Blutvergiftung. Auch traten häufiger Totgeburten auf, die Kinder mussten öfter auf Intensivstation behandelt oder wiederbelebt werden. Absolut betrachtet, sei das Risiko solcher Komplikationen aber bei beiden Geburtsarten gering, betonten die Autorinnen. Bei der Beratung von Frauen sollten daher auch andere Forschungsergebnisse eine Rolle spielen, wonach etwa wiederholte Kaiserschnitte das Risiko für eine krankhaft anhaftende Plazenta erhöhen. fsch

Ein Schulfach gegen Hassreden

Ausgrenzende Sprache, schiefe Nazivergleiche: Professorin fordert mehr Sprach- und Medienbildung

Die Medienwissenschaftlerin Sabine Schiffer warnt vor einer Sprache, die bewusst und unbewusst als Waffe eingesetzt wird. „Sprechen ist Handeln“, sagte die Frankfurter Professorin und Gründerin des Berliner Institutes für Medienverantwortung dem Evangelischen Pressedienst (epd). „Man kann mit Sprache verletzen, man kann mit einer missachtenden, ausgrenzenden und entwürdigenden Sprache aber auch die Schwelle zur physischen Gewalt senken.“ Um dem zu begegnen, plädiert die Wissenschaftlerin für eine tiefgehende Debatte zu Ursachen und Wirkungen etwa von Hassreden in Politik und Medien.

„Mir geht es um Bewusstseinsbildung“, sagte Schiffer, die sich für ein Schulfach Sprach- und Medienbildung einsetzt. „Ich finde, für eine Gesellschaft, die auf Reflexion über Meinungsbildungsprozesse angewiesen ist, für eine Demokratie, gehen wir mit solchen Themen viel zu lax um.“ Es gebe zwar viele enga-



Sprachbewusstsein zu bilden, sei elementar für eine Demokratie, sagt Medienwissenschaftlerin Schiffer. Foto: Fredrik von Erichsen/dpa

gierte Lehrkräfte: „Aber es ist nicht systematisch verankert.“

Wie wichtig das Thema ist, verdeutlichte Schiffer im Zusammenhang mit dem sogenannten „Framing“: „Mit Sprache rahmen wir die Dinge, stellen sie in ei-

nen Zusammenhang.“ So werde in Deutschland vom politischen Wettbewerb gesprochen, der das Konkurrenzverhältnis herausstelle. „Im Französischen spricht man von einer paysage politique, also von einer politischen Landschaft“, erklärte sie. „Das betont die Vielfalt.“ Populisten verwendeten oft Zusammenhänge, um andere Menschen und andere Meinungen zu diskreditieren, sagte Schiffer. „Das sind meist maximalistische Begriffe, gerne Nazivergleiche, beispielsweise wenn eine offene, liberale und gleichwertige Gesellschaft als Toleranzfaschismus beschimpft wird.“ Alleine das Sprechen darüber lenke die Aufmerksamkeit: „Irrational, wie wir Menschen nun mal sind, halten wir Dinge nicht zwingend für relevant, wenn sie wahr sind, sondern wenn sie möglichst oft wiederholt werden.“

„Wiederholen ist überzeugen“, sagte Schiffer zu der Strategie, die auch in der Werbung praktiziert wird. Wenn sich Angriffe verteidigten, könne das zudem

in ein Dilemma führen: „Unser Bewusstsein erkennt die Verneinung nicht. Wahrnehmungstechnisch wird der Angriff nur wiederholt.“ Wer bei strategisch gesetzten Begriffen erschreckt und reflexartig reagiere und dagegen argumentiere, lenke auf genau diese Begriffe enorm viel Aufmerksamkeit. Die Gesellschaft und jeder Einzelne müssten sich bewusst machen, worüber gerade gesprochen werde – und worüber nicht. „Wir haben lange nicht so über Klima und Umwelt gesprochen, wie es die Ernsthaftigkeit des Themas bedurft hätte, stattdessen aber über andere Themen, die nicht so wichtig waren.“

Die Rhetorik von US-Präsident Donald Trump zeige auch, dass gefragt werden müsse, wovon mit bestimmten Provokationen abgelenkt werden solle. „Also: Was ist eigentlich wichtig? Und welches Thema wird gerade überblendet? Solche Fragen gehören in den Schulunterricht“, sagte Schiffer. „Und sie sind natürlich eine journalistische Kernaufgabe.“ epd